

Münster, 11. Januar 2010

Antrag:

Modellversuch: Bürgerbeteiligung bei der Vergabe der frei verfügbaren Mittel in einer Bezirksvertretung ermöglichen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu klären, ob in einer der aufgrund der Einwohneranzahl geeigneten münsterschen Bezirksvertretungen ein Interesse daran besteht, modellhaft ein Konzept für eine Bürgerbeteiligung bei der Vergabe der frei verfügbaren Mittel des BV-Haushaltes 2011 umzusetzen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, im Falle einer festen Interessenbekundung durch eine Bezirksvertretung im Rahmen eines Modellversuchs ein solches Konzept für eine Beteiligung der Bürger bei der Vergabe der frei verfügbaren Mittel in dieser Bezirksvertretung vorzulegen. Bei den in Frage kommenden Bezirksvertretungen bewegen sich die Etatansätze der frei verfügbaren Mittel im Haushaltsplanentwurf 2010 zwischen 74.300 Euro (Bezirksvertretung Ost) und 130.850 Euro (Bezirksvertretung West).

Im Rahmen dieses Konzepts soll die umfassende Information und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Beratung und Entscheidung über die Vergabe der frei verfügbaren Mittel erreicht werden. Soweit der Modellversuch erfolgreich verläuft, kann das Konzept einer Bürgerbeteiligung bei der Vergabe der frei verfügbaren Mittel einer BV dann unter Berücksichtigung der unterschiedlichen räumlichen Gegebenheiten der einzelnen Bezirksvertretungen auf die anderen Bezirksvertretungen in Münster übertragen werden, wenn diese dem Konzept zustimmen.

Begründung:

Der kommunale Haushalt und auch die Haushalte der Bezirksvertretungen werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern als kompliziertes, undurchschaubares Regelwerk betrachtet. Das hat zur Folge, dass diese sich nicht näher damit auseinandersetzen, was sich nicht zuletzt auch daran zeigt, dass nur wenige Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, den kommunalen Haushaltsentwurf einzusehen.

Dabei könnten der kritische Blick von außen und die kreativen Ideen der Bürger den politisch Verantwortlichen nützlich sein, wie die Bertelsmann-Stiftung in ihren Studien wiederholt hervorhebt. Gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen hat die Bertelsmann-Stiftung daher das Projekt "Kommunaler Bürgerhaushalt NRW" ins Leben gerufen. Darin haben sich die sechs Projekt-Städte Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim und Vlotho der Aufgabe gestellt, ihre Aufgaben und Ausgaben transparent zu machen und die Bürger und ihre Anregungen stärker in die Haushaltsentscheidungen einzubeziehen.

Ziel des Projektes ist es, den Bürgern zu ermöglichen, sich aktiv in die Aufstellung des Haushalts einzubringen. Dadurch können auch die Zwänge von Ein- und Ausgaben eines kommunalen Haushalts besser nachvollzogen und so möglicherweise der vielfach monierten Politikmüdigkeit aktiv begegnet werden.

In Deutschland gibt es bereits auf verschiedenen Ebenen Ansätze, einen Bürgerhaushalt zu erproben und die Bürger in die entsprechenden Entscheidungsprozesse einzubinden. Auf der einen Seite gibt es dabei größere Gemeinden und Städte, die nach Sachgebieten differenziert einen Teil ihres Haushalts in Form eines Bürgerhaushaltes für die Diskussion öffnen, auf der anderen Seite gibt es insbesondere kleine und kleinste Gemeinden und Stadtteile, die ihren Gesamthaushalt im Bereich der freiwilligen Leistungen den Bürgern vor- und zur Diskussion stellen.

Die Erfahrungen und Auswertungen der bisherigen Bürgerhaushalte anderer Kommunen zeigen, dass die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes und die Größe der jeweiligen Gemeinde oder Stadt in enger Verbindung zueinander stehen: Je kleiner die Gemeinde oder der Stadtteil ist, deren Haushalt diskutiert werden soll, desto einfacher ist die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes. Dies betrifft nicht nur die auf Seiten der Verwaltung benötigten personellen Ressourcen und Sachmittel, sondern auch die Möglichkeiten und Formen der direkten Kommunikation und Information.

Wo in kleinen Gemeinden meist schon in einer Vor-Ort-Veranstaltung alle interessierten Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, muss in größeren Städten ein deutlich höherer Aufwand eingeplant werden, um eine entsprechende und gut funktionierende Kommunikationsstruktur zu schaffen. So waren beispielsweise in Groß-Umstadt (22.000 Einwohner in neun eingemeindeten Dörfern) eine zentrale Informationsveranstaltung und mehrere Bürgersprechstunden als Informationsplattform ausreichend. In größeren Städten wie Köln musste hingegen neben einer breit angelegten Informationskampagne und Bürgerversammlungen auch eine Internetplattform geschaffen werden, die rund um die Uhr erreichbar ist und an sieben Tagen in der Woche im Mehrschichtbetrieb moderiert wird. Beim ersten Kölner Bürgerhaushalt 2008 entstanden dabei Kosten in Höhe von 200.000 Euro für die Infrastruktur und die mediale Begleitung des Bürgerhaushaltes und daneben weitere Personalkosten. Aufgrund der vergleichsweise sehr hohen Anzahl der Einwohner hält die FDP-Fraktion die BV Mitte hinsichtlich eines Modellversuches für nicht geeignet.

Inhaltlich hat sich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in allen Kommunen mit Bürgerhaushalten wesentlich mehr Ausgaben als Einsparungen vorgeschlagen haben. Hier wird die Politik für einen entsprechenden Ausgleich sorgen müssen.

Organisatorisch haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass sich ein Bürgerhaushalt mit einem vertretbaren personellen und sächlichen Aufwand am ehesten in einem kleineren Raum umsetzen lässt. Die FDP-Fraktion schlägt daher vor, in einem Modellversuch zunächst in einer münsterschen Bezirksvertretung ein solches Konzept für eine Beteiligung der Bürger bei der Vergabe der frei verfügbaren Mittel in dieser Bezirksvertretung umzusetzen. Im Erfolgsfall kann dieses Modell dann auf die anderen Bezirksvertretungen ausgeweitet werden.

gez.

Carola Möllemann-Appelhoff
Hans Varnhagen
Jürgen Reuter
Dr. Karin Obst
Sebastian Steinzen
Gisela Geschkewitz
Jens Lenski